

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit in Österreich

Klimaneutrale Stadtentwicklung versus Bürger:innen-Beteiligung?

Inklusion und Ausschluss von Bewohner:innen und
Nutzer:innen öffentlicher Räume im Zuge der urbanen
Transformation am Beispiel Wiens

Sophie Gaidoschik, Johannes Gorbach, Elena Mitrenova,
Christoph Stoik & Elisabeth Winkler

Sophie Gaidoschik, Johannes Gorbach, Elena Mitrenova,
Christoph Stoik, Elisabeth Winkler. Klimaneutrale
Stadtentwicklung versus Bürger:innen-Beteiligung?
Inklusion und Ausschluss von Bewohner:innen und
Nutzer:innen öffentlicher Räume im Zuge der urbanen
Transformation am Beispiel Wiens. *soziales_kapital*,
Bd. 29 (2024). Rubrik: Thema. Feldkirchen.

Printversion: [http://www.soziales-kapital.at/index.php/
sozialeskapital/article/view/828/1537](http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/828/1537)

Zusammenfassung

Bei der Umgestaltung öffentlicher Räume werden in Wien zunehmend Beteiligungsformate für Bürger:innen genutzt. Während diese ergebnisoffen und inklusiv durchgeführt werden sollen, steht die Stadt zugleich unter dem Druck, Klimawandelanpassungsmaßnahmen umzusetzen, um öffentliche Räume angesichts der urbanen Erhitzung nutzbar zu halten. Letzteres ist aus Sicht der Gemeinwesenarbeit besonders relevant, da benachteiligte soziale Gruppen auf öffentliche Räume angewiesen sind. Ein interdisziplinäres Team der FH Campus Wien untersuchte anhand von drei Fallstudien die Inklusions- und Ausschlussprozesse sowie Interessensgegensätze zwischen verschiedenen Akteur:innen bei der Umgestaltung öffentlicher Räume in Wien. Durch ein Mixed-Methods-Design wurden die Reichweite von Beteiligungsprozessen und Einflussfaktoren, wie die Programmatik der Prozesse, Partizipationsmethoden, die Symbolik der Beteiligungssettings, die Zeit als Ausschlussfaktor sowie politische Prozesse und Verwaltungsstrukturen untersucht.

Schlagworte: klimaneutrale Stadtentwicklung, Bürger:innenbeteiligung, Inklusion, Ausschlussprozesse, Partizipationsmethoden

Abstract

The utilisation of participatory formats for citizens is becoming increasingly prevalent in the redesign of public spaces in Vienna. While these processes are intended to be open-ended and inclusive, the city is simultaneously under pressure to implement climate adaptation measures to ensure the continued usability of public spaces in the face of urban overheating. The latter is particularly relevant from the perspective of community work, as disadvantaged social groups rely heavily on public spaces. An interdisciplinary team from FH Campus Wien investigated the processes of inclusion and exclusion, as well as conflicts of interest among different stakeholders, in the redesign of public spaces in Vienna through three case studies. Using a mixed-methods approach, the study investigated the reach of these participation processes and the influence of various factors, such as the objectives of the processes, participation methods, the symbolism of the participation settings, time as a factor of exclusion, and political and administrative structures.

Keywords: climate-neutral urban development, citizen participation, inclusion, exclusion processes, participation methods

1 Einleitung

Die Stadtentwicklung ist aktuell gefordert, den urbanen Raum so umzugestalten, dass dieser klimaneutral wird und trotz zunehmender Erderwärmung nutzbar bleibt. Die Nutzung öffentlicher Räume in Zeiten der Klimakrise ist aus der Perspektive der Sozialen Arbeit unter anderem deshalb von Relevanz, weil Menschen, die nicht über ausreichend private gekühlte Räume verfügen, besonders auf öffentliche Räume angewiesen sind. Gleichzeitig besteht zunehmend die Anforderung, Menschen in die Stadtentwicklung einzubeziehen. Die Partizipation von Bürger:innen¹ und Geschäftsleuten bei der (Um-)Gestaltung der Stadt entwickelt sich aktuell zu einem (zumindest normativen) Standard in der Stadtentwicklung. Bürger:innenbeteiligungs-Prozesse benötigen allerdings Zeit und basieren idealerweise auf dem Anspruch, ergebnisoffen zu bleiben, damit die Interessen möglichst vieler Akteur:innen einfließen können. Partizipation in diesem Sinne scheint demnach nur bedingt vereinbar mit der Notwendigkeit bestimmter Veränderungen für eine klimagerechte Stadt.

Das von der Stadt Wien (MA 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik) geförderte Projekt „Public Value of Participation in Urban Development – Gemeinwohleffekte von Partizipation in der Stadtentwicklung“ beforschte den Mehrwert der Beteiligung von Bürger:innen an urbanen Transformationsprozessen. Durchgeführt wurde es von einem interdisziplinären Team der FH Campus Wien. Es bestand aus Julia Dahlvik, Martina Kollegger und Wolfgang Tomaschitz, die im Department „Verwaltung, Wirtschaft, Sicherheit, Politik“ tätig sind und einen politikwissenschaftlichen Hintergrund haben; Elena Mitrenova, mit Architektur-Hintergrund, aus dem Department „Bauen und Gestalten“; Sophie Gaidoschik, Johannes Gorbach, Christoph Stoik und Elisabeth Winkler aus dem Department „Soziales“ mit sozialarbeitswissenschaftlichem Hintergrund. Durch die interdisziplinäre Zusammensetzung konnte untersucht werden, wie Bürger:innenbeteiligungsprozesse in der Stadtentwicklung von Akteur:innen aus Verwaltung und Politik wahrgenommen bzw. genutzt werden und wie Bewohner:innen der Stadt und Nutzer:innen öffentlicher Räume in die Prozesse inkludiert bzw. ausgeschlossen werden.

Die empirische Umsetzung erfolgte in Form von drei Fallstudien zu ausgewählten Partizipationsprozessen, die jeweils in diachroner Perspektive über drei Jahre ab September 2021 begleitet wurden. Für die Untersuchung ausgewählt wurden (i) eine top-down-organisierte Umgestaltung einer zentralen Einkaufsstraße (Lerchenfelderstraße), (ii) ein peripher gelegener Verkehrsknotenpunkt (Quellenplatz), der von einer Gebietsbetreuung fokussiert wurde und (iii) ein relativ zentral gelegenes Marktgebiet (Gebiet um den Meidlinger Markt), das eine Bürger:innen-Initiative umgestalten will.

Im Fokus des folgenden Artikels stehen die (möglichen) Spannungen, die zwischen dem Handlungsdruck zur klimagerechten Umgestaltung einerseits und der Partizipation von Bürger:innen

andererseits bestehen. Folgende Fragestellungen waren dabei leitend:

- Welche Menschen (Bewohner:innen bzw. Nutzer:innen öffentlicher Räume) werden bei der Planung und Entwicklung öffentlicher Räume einbezogen bzw. ausgeschlossen und wie geschieht dies (Methoden bzw. Ausschlussprozesse)?
- In welchem (Spannungs-)Verhältnis stehen städtische bzw. fachliche Interessen (Klimaanpassungsmaßnahmen, Stadtarchitektur) zu den Interessen von Nutzer:innen bzw. Bewohner:innen?
- Wie wird mit Interessensgegensätzen zwischen unterschiedlichen Akteur:innen umgegangen?

2 Theoretische Einbettung

2.1 Bürger:innenbeteiligung in der Stadtentwicklung



Abb. 1: Bürger:innenbeteiligung am Quellenplatz, 10. Wiener Gemeindebezirk.

Die aktive Teilnahme und Mitentscheidungsmöglichkeit der Bürger:innen bei politischen Prozessen gelten als zentrale Säulen moderner Demokratien (vgl. Zmerli 2011: 34). Fragen nach dem Partizipationsgrad – Inwieweit können die betroffenen Personen mitentscheiden? – und nach der Partizipationsmöglichkeit – Wer darf mitentscheiden? – spielen dabei eine zentrale Rolle.

Basierend auf den ‚Stufen der Partizipation‘ nach Arnstein (1969) entwickelte Kerstin Arbter ein dreistufiges Modell, das die Partizipationsmöglichkeiten unterteilt in: Information, Konsultation und Mitbestimmung (vgl. Arbter/Handler/Purker/Tappeiner/Trattnigg 2005: 9). Dieses Modell wurde als Leitfaden für die Erstellung der offiziellen Richtlinien für Partizipation der Stadt Wien verwendet: Der *Masterplan partizipative Stadtentwicklung* (vgl. MA 21 2017) ist das offizielle Instrument der Magistratsabteilungen, um informelle Beteiligung in die Planungsabläufe der Stadt Wien zu integrieren. Darüber hinaus steht auch das *Praxisbuch Partizipation* der Stadt Wien zur Verfügung, das sich in erster Linie an die Prozesstreibenden richtet und auf praktische Vorschläge zur Durchführung von Beteiligungsprozessen konzentriert (vgl. Arbter 2014: 12).

2.2 Partizipation im Spannungsfeld von Inklusion und Exklusion

Eine inklusive Stadt (vgl. Bukow/Berding/Cudak 2018: 13f.) sollte unterschiedliche Formen von Exklusion reduzieren und zur Realisierung der Menschenrechte im urbanen Raum beitragen. Hinsichtlich der Partizipation der Stadtbewohner:innen bei der Stadtplanung sind deshalb die Zusammenhänge zwischen Ausgrenzung und Wohngebiet einerseits und andererseits die unterschiedlichen Möglichkeiten, eine aktive Rolle bei der Entwicklung des Quartiers einzunehmen, zu berücksichtigen (vgl. Kronauer/Häußermann 2019: 197, 200). Die Gemeinwesenarbeit (GWA) wird als Fachkonzept für die Gestaltung und Begleitung von Beteiligungsprozessen im deutschsprachigen Raum herangezogen (vgl. Becker 2014; Drilling/Oehler 2016; Stövesand/Stoik/Troxler 2013). Aus der Perspektive der Sozialen Arbeit betrachtet, bieten Konzepte der GWA die Möglichkeit, Ungleichheiten, Ausschlüsse und Diskriminierung in Beteiligungsprozessen zu fokussieren – und ihnen entgegenzuwirken (vgl. z.B. Kirsch-Soriano da Silva/Stoik 2023; Stoik 2021).

2.3 Bezüge zur Klimakrise

Die Klimakrise trifft Menschen, die von Armut betroffen sind, am härtesten. Wie Yannik Liedholz (2023: 189) formuliert, sind „klimafreundliche Handlungsweisen [zudem] nicht für alle Menschen gleich zugänglich und finanzierbar“. Das Resümee der 13. Armutskonferenz im Mai 2022 lautete daher: „Klimaschutz kann nur dann erfolgreich sein und Akzeptanz finden, wenn er nicht sozial blind ist. Klimaschutz selbst muss Armut bekämpfen.“ (Appel et al. 2023: 11) Gerade von Armut betroffene und/oder obdachlose Menschen, aber auch Jugendliche sind auf öffentliche Räume in Städten angewiesen. Diese sind daher so zu gestalten, dass sie trotz Hitze eine hohe Aufenthaltsqualität haben. Hitze trifft vor allem jene, die sich nicht in klimatisierte Wohnungen oder Büros zurückziehen können (vgl. Haunold 2023: 179).

Auch in Wien ist es dort, wo die Stadt am dichtesten gebaut ist und wo viele u.a. einkommensschwache Menschen leben, oft um mehrere Grad heißer als in anderen Vierteln. 2019 wurde die *Urban Heat Vulnerability Map* im Auftrag der Stadt Wien erstellt (vgl. ECOTEN 2019). Diese kombiniert Klimadaten mit Sozialraumdaten, wodurch erhöhte Belastungen durch Hitze in verschiedenen Teilen der Stadt ausgemacht werden können. Laut Staller und Studer (2022) sind ein gesamtstädtisches Konzept und eine flächendeckende und partizipative Umgestaltung wichtig, da es bei kleinräumigen, teuren Neugestaltungen auch zu Gentrifizierungsprozessen kommen kann (vgl. ebd.: 48ff.). Maßnahmen im kommunalen Klimaschutz sollen nach Behr und Ahaus (2016) 1) gemeinschaftlich, 2) vor Ort und 3) thematisch offen sein und einen Bezug zur Alltagswelt aufweisen.

2021 wurde von der derzeitigen Wiener Stadtregierung das Förderprogramm „Klimamusterstadt“ gestartet. Bis 2025 steht dazu ein Budget von jährlich 20 Millionen Euro zur Verfügung, mit dem Projekte finanziert werden sollen, die der Bodenentsiegelung, der Pflanzung von Bäumen und Grünflächen und dem Schwammstadtprinzip dienen. Ziel ist es, dass Wien bis 2040 CO₂-neutral wird. Ebenso verfolgen die „Smart City Rahmenstrategie“, das Klimaschutzprogramm KliP und InKA sowie der Stadtentwicklungsplan STEP 2025 diese Ziele.

3 Forschungsfeld

Für das Forschungsprojekt wurden drei Fallbeispiele innerhalb Wiens untersucht, in denen Beteiligungsverfahren stattfanden. Sie wurden in Hinblick auf ihre Verschiedenheit – der Demografie, der Verortung in Wien, der Funktion der Orte, der Organisation der Prozesse und der politischen Verhältnissen – ausgewählt, um eine Kontrastierung vornehmen zu können.

3.1 Fallbeispiel Lerchenfelderstraße

Die Umgestaltung der Lerchenfelderstraße wurde von den Bezirken Neubau (7.) und Josefstadt (8.) initiiert, um die Einkaufsstraße attraktiver und klimafitter zu gestalten. Die Organisation *StadtPsychologie* wurde mit der Koordination des Beteiligungsprozesses und des Projektteams beauftragt, wobei die Gebietsbetreuung und der Verein der Gewerbetreibenden *Lebendige Lerchenfelder Straße* eine aktive Rolle spielten.

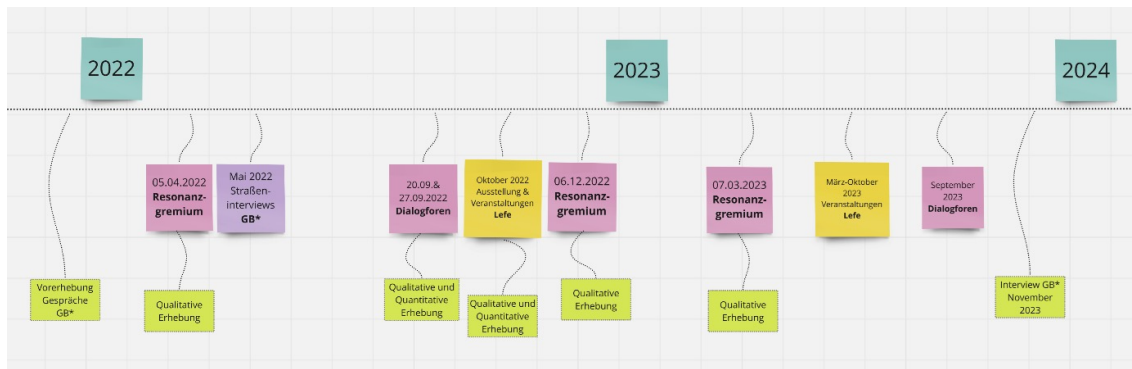


Abb. 2: Beteiligungsprozess Lerchenfelderstraße (eigene Darstellung)

Das Projekt begann im Februar 2022 und die Aktivitäten erstreckten sich über die Jahre 2022 und 2023. Es zeichnet sich durch eine klare Organisationsstruktur aus: Neben wöchentlichen Jour Fixes und regelmäßigen Treffen des Steuerungsteams (beide Bezirksvorstehungen) gab es sogenannte Resonanzgremien mit mehreren Magistratsabteilungen, den Wiener Linien und Vertreter:innen von Vereinen und Bürger:inneninitiativen.

Im April 2022 wurden verschiedene Nutzungen der Straße anhand der Beobachtungen der Gebietsbetreuung erfasst. Die Involvierung der Bevölkerung erfolgte durch eine Straßenbefragung im Mai und Juni 2022. Im September 2022 wurden die Ergebnisse während zweier Abendveranstaltungen („Dialogforen“) in den Bezirksämtern mit Teilen der Anwohner:innenschaft diskutiert. Feedbackmöglichkeiten gab es auch im Kontext einer Ausstellung, die im Herbst 2022 im Büro des Vereins *Lebendige Lerchenfelder Straße* stattfand. Die Umgestaltung wurde bisher noch nicht umgesetzt.

3.2 Fallbeispiel Meidlinger Markt

Das zweite Beteiligungsverfahren fand im 12. Bezirk statt, es fokussierte das Gebiet rund um den Meidlinger Markt und ging von der Initiative *MeiMeidling* aus. *MeiMeidling* setzt sich für eine klimagerechte und partizipative Gestaltung im Bezirk ein. Anfänglich fand eine Steuerung und Anleitung durch die Gebietsbetreuung vor Ort statt. In weiterer Folge engagierte sich hauptsächlich die Bürger:inneninitiative für die Umgestaltung.

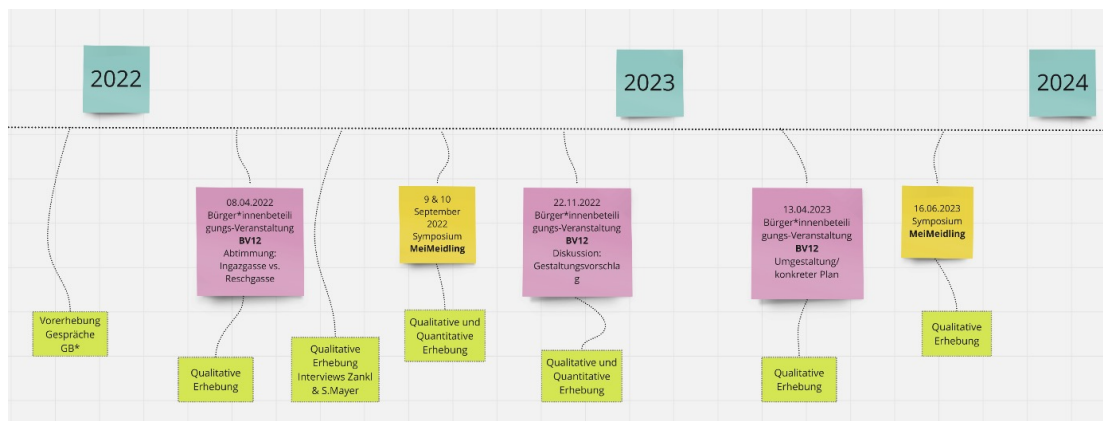


Abb. 3: Beteiligungsprozess Meidlinger Markt (eigene Darstellung)

Der spätere Beteiligungsprozess wurde direkt vom Bezirksvorsteher des 12. Bezirks in Form von drei Abendveranstaltungen übernommen, die zwischen April 2022 und April 2023 stattfanden. Parallel dazu fanden mehrere Grätzl-Treffen und das jährliche Klima-Grätzl-Fest von *MeiMeidling* statt. Letztere hatten einen informellen Charakter und zielten auf die Bewerbung der Initiative sowie die Bewusstseinsbildung bezüglich der Notwendigkeit von Klimawandelanpassungsmaßnahmen ab. Die Umsetzung der konkreten Umgestaltung einer Straße war für Frühjahr 2024 geplant.

3.3 Fallbeispiel Quellenplatz

Im dritten Beteiligungsverfahren ging es um die Gestaltung des Quellenplatzes im 10. Bezirk. Der Quellenplatz fungiert als Verkehrsknotenpunkt und zeichnet sich durch ein hohes Transitaufkommen und wenig Aufenthaltsqualität aus. Durch den Prozess sollte auf diese Probleme und die Notwendigkeit einer Verkehrsberuhigung hingewiesen werden.

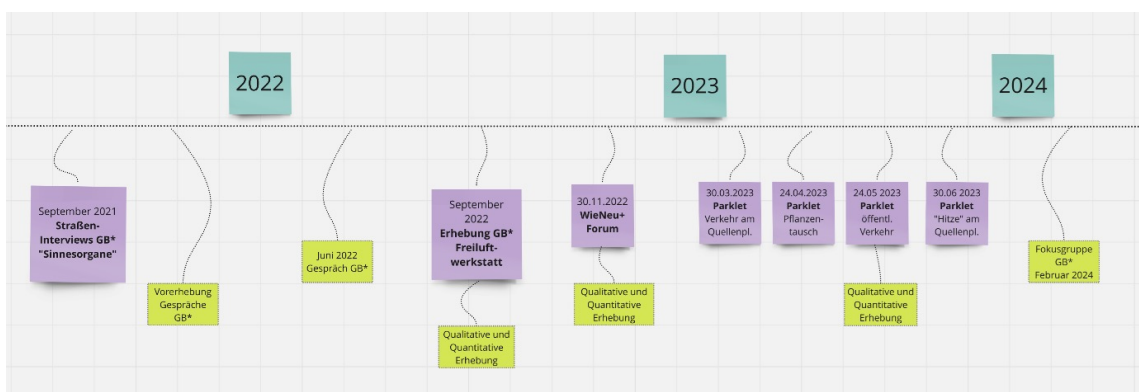


Abb. 4: Beteiligungsprozess Quellenplatz (eigene Darstellung)

Die Umgestaltung des Quellenplatzes wurde im Juni 2021 von *WieNeu+* initiiert. Aufgrund der Komplexität der Umgestaltung eines Verkehrsknotenpunkts konzentrierte sich die Projektarbeit zuerst auf die Koordination mit verschiedenen Dienststellen der Stadt Wien und den Wiener Linien. Die Bürger:innenbeteiligung, die die Gebietsbetreuung 10 durchführte, hatte die Funktion, dass diverse Akteur:innen für eine notwendige Umgestaltung sensibilisiert werden. Die Involvierung der Bürger:innen begann im September 2021 mit informellen Straßenbefragungen. Die Haupterhebung fand im September 2022 während einer ganztägigen Freiluftwerkstatt statt. Eine konkrete Umgestaltung des Quellenplatzes wurde bisher noch nicht geplant.

4 Methodisches Vorgehen der Forschung

4.1 Qualitative Perspektive

Das Forschungsteam führte insgesamt 17 teilnehmende Beobachtungen (vgl. Slezak 2010) bei Versammlungen, Veranstaltungen, Workshops und Aushandlungsprozessen der drei untersuchten Fallbeispiele im Zeitraum von März 2022 bis November 2023 durch. Während der Beobachtungen wurden folgende Fragen berücksichtigt: Welche Themen werden von welchen Teilnehmenden aufgegriffen und behandelt? Welche Themen werden hingegen nicht aufgegriffen? Wie verlaufen diese Ausschlussprozesse?

Zudem wurden qualitative Dokumentenanalysen (vgl. Deutschmann 2014) von verschiedenen, von den Prozesstreibenden produzierten Quellen durchgeführt – darunter Nutzungs- und Sozialraumanalysen, Protokolle, Prozessbeschreibungen, Einladungen zu Beteiligungsveranstaltungen, Flyer, Poster sowie Ergebnisse von Befragungen. Diese wurden inhaltsanalytisch untersucht, um die Ziele der Prozesse, angewendete Methoden und die sich im Laufe der Zeit durchsetzenden Interessen zu erfassen. Insgesamt wurden 40 fremde Quellen analysiert.

Parallel dazu fanden insgesamt neun Gespräche, Expert:inneninterviews und Fokusgruppen (vgl. Dannecker/Vossemer 2014) mit den Prozesstreibenden statt, die zu verschiedenen Zeitpunkten der Forschung und mit unterschiedlichen Zwecken durchgeführt wurden: zum Feldeinstieg, zur Klärung offener Fragen bezüglich der Prozesse, zu den angewendeten Methoden und erreichten Personen sowie zur Reflexion der vorläufigen Ergebnisse mit den Prozesstreibenden am Ende der Forschung.

4.2 Quantitative Perspektive

Zur Bearbeitung der Frage, welche Menschen bei der Entwicklung öffentlicher Räume einbezogen bzw. ausgeschlossen werden, umfasste das Mixed-Methods-Design (vgl. Slezak 2014) zusätzlich zu den qualitativen Erhebungen auch standardisierte Befragungen. Mittels dieses quantitativen Verfahrens sollte die soziale Reichweite der Prozesse erhoben werden, wie sie auch im *Masterplan Partizipative Stadtentwicklung* (vgl. MA 21 2017: 96) beschrieben wird: „Für das Gelingen von Beteiligungsprozessen ist darauf zu achten, dass sich möglichst viele und unterschiedliche Personen beteiligen.“ Dementsprechend richteten sich die quantitativen Befragungen an jene Personen, die in den drei Fallstudien im Forschungszeitraum durch die Partizipationsmaßnahmen erreicht wurden. Als „in die Entwicklung öffentlicher Räume einbezogen“ wurden folglich alle Personen betrachtet, die an den Partizipationsangeboten der prozesstreibenden Akteur:innen teilnahmen. Zum einen gewährte die Befragung Einblicke in ihre Wahrnehmung der Stadtentwicklung und diente zur Triangulation mit den qualitativen Daten. Zum anderen erweiterte der quantitative Ansatz die Möglichkeiten einer Charakterisierung der einbezogenen Personengruppen anhand abgefragter sozio-demographischer Merkmale. Dadurch konnten die Befragten mit der Grundgesamtheit all jener Personen verglichen werden, die von den prozesstreibenden Akteur:innen adressiert wurden.

Für die Auseinandersetzung mit eventuell exkludierten Personengruppen anhand sozio-demographischer Merkmale konnten verfügbare Bevölkerungsdaten herangezogen werden, die mit den Daten aus der Befragung verglichen wurden. Die Magistratsabteilung 23 der Stadt Wien (MA 23) stellte für das Forschungsprojekt aggregierte Bevölkerungsdaten auf Ebene der Zählsprenkel zur Verfügung. Die Auswahl der entsprechenden Zählsprenkel je Fallstudie erfolgte anhand der von den Prozesstreibenden adressierten Referenzgebiete. Für die beschriebenen Referenzgebiete der drei Fallstudien wurden von der MA 23 aggregierte Bevölkerungsdaten für insgesamt 32 Zählsprenkel in Wien zur Verfügung gestellt. Die zugrundeliegenden Daten der *Statistik Austria* wurden am 31.10.2020 erhoben und umfassen insgesamt 36.502 Personen (Lerchenfelderstraße: 20.738; Meidlinger Markt: 6.140; Quellenplatz: 9.624). Für das Fallbeispiel Lerchenfelderstraße wurden außerdem Sekundärdaten einer Sozialraumerhebung und Straßenbefragung (LeFe) herangezogen, die von den Prozesstreibenden (Gebietsbetreuung Stadterneuerung [GB*]) im Mai und Juni 2022 durchgeführt wurden.

Der entwickelte Fragebogen umfasste zehn Fragen und gliederte sich in die zwei Bereiche „Umgestaltungsthemen“ und „Sozio-Demographie“. Es wurden insgesamt 264 Teilnehmende bei sieben Veranstaltungen befragt, die von den Prozesstreibenden der drei Fallstudien zu Partizipationszwecken zwischen September 2022 und Mai 2023 durchgeführt wurden. Zusätzlich wurden zwischen Oktober 2022 und Jänner 2023 mit einer Online-Version des Fragebogens

insgesamt 38 Personen befragt, die von den Prozesstreibenden einen Teilnahmelink per E-Mail erhielten.



Abb. 5: Quantitative Befragungen. Dialogforum Lerchenfelderstraße.

5 Forschungsergebnisse

5.1 Inklusion – Exklusion

Die quantitative Erhebung zeigte deutlich, dass gesellschaftlich benachteiligte Gruppen auch bei Beteiligungsprozessen nur sehr eingeschränkt inkludiert wurden. Bei den Merkmalen Staatsangehörigkeit, Bildungsabschluss und Beschäftigung zeigten sich in allen Fallbeispielen statistisch signifikante Unterschiede ($\alpha=0,05$) zwischen den Beteiligten und der jeweiligen Referenzbevölkerung: Drittstaatsangehörige, Personen mit Pflichtschulabschluss und Arbeitslose wurden mit den Beteiligungsangeboten weniger erreicht bzw. konnten teilweise gar nicht erreicht werden.

Personen mit Pflichtschulabschluss wurden am Meidlinger Markt und bei der Lerchenfelderstraße nicht erreicht (während diese Personengruppe in den Referenzbevölkerungen 26% und 12% ausmacht); lediglich am Quellenplatz gaben 24% der erreichten Personen an, als höchsten Bildungsabschluss einen Pflichtschulabschluss zu haben (versus 43% in der Referenzbevölkerung).

Vergleich demographischer Merkmale	Bildungsabschluss				Lesebeispiel: Anteil der Personen mit Pflichtschulabschluss ist in Erhebungen im Fallbeispiel Lerchenfelderstraße mit 0% (0,00) niedriger (↓) als im Referenzgebiet mit 12% (0,12). Der Unterschied ist statistisch signifikant ($\alpha = 0,05$).
	Pflichtschule	Lehre/BMS	AHS/BMS	Uni/FH	
Fallbeispiele					
Lerchenfelderstraße	0,00 ↓* 0,12	0,04 ↓* 0,20	0,19 ↓* 0,22	0,77 ↑* 0,46	
Meidlinger Markt	0,00 ↓* 0,26	0,08 ↓* 0,31	0,15 ↓* 0,18	0,77 ↑* 0,25	
Quellenplatz	0,24 ↓* 0,43	0,29 ↓* 0,31	0,26 ↑* 0,14	0,21 ↑* 0,12	

↑ Anteil höher als im Referenzgebiet ↓ Anteil niedriger als im Referenzgebiet * signifikanter Unterschied ($\alpha = 0,05$)

Grafik 1: Vergleich Forschungsfelder und Referenzgebiete mit Blick auf den Bildungsabschluss (eigene Darstellung).

Die Daten zeigen deutlich, dass Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss besser und Personen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss schlechter erreicht wurden. Ähnliche Inklusions- bzw. Exklusionsprozesse zeigten sich auch in Bezug auf das Merkmal Beschäftigung: Arbeitslose Personen wurden bei der Lerchenfelderstraße im Beteiligungsprozess nicht erreicht (in der Referenzbevölkerung sind 5% arbeitslos); am Meidlinger Markt gaben 3% der Erreichten Personen an, arbeitslos zu sein (versus 10% in der Referenzbevölkerung) und am Quellenplatz waren 5% der Erreichten arbeitslos (versus 14% in der Referenzbevölkerung). Erwerbstätige und Pensionist:innen waren bei den Beteiligungsprozessen stärker als in der Referenzbevölkerung vertreten.

Vergleich demographischer Merkmale	Beschäftigungssituation				Lesebeispiel: Anteil der arbeitslosen Personen ist in Erhebungen im Fallbeispiel Lerchenfelderstraße mit 0% (0,00) niedriger (↓) als im Referenzgebiet mit 5% (0,05). Der Unterschied ist statistisch signifikant ($\alpha = 0,05$).
	Arbeitslos	Erwerbstätig	Pension	Sonstige	
Fallbeispiele					
Lerchenfelderstraße	0,00 ↓* 0,05	0,63 ↑* 0,58	0,29 ↑* 0,17	0,08 ↓* 0,20	
Meidlinger Markt	0,03 ↓* 0,10	0,71 ↑* 0,55	0,16 ↓* 0,17	0,10 ↓* 0,18	
Quellenplatz	0,05 ↓* 0,14	0,45 ↓* 0,50	0,37 ↑* 0,15	0,13 ↓* 0,21	

↑ Anteil höher als im Referenzgebiet ↓ Anteil niedriger als im Referenzgebiet * signifikanter Unterschied ($\alpha = 0,05$)

Grafik 2: Vergleich Forschungsfelder und Referenzgebiete mit Blick auf die Beschäftigungssituation (eigene Darstellung).

Auch bei der Staatsangehörigkeit zeigten sich ähnliche Ergebnisse: Bei der Lerchenfelderstraße wurden keine Drittstaatsangehörigen erreicht, die in der Referenzbevölkerung allerdings 13% ausmachen; am Meidlinger Markt gab 1% der Erreichten an, Drittstaatsangehörige:r zu sein (versus 27% in der Referenzbevölkerung); lediglich am Quellenplatz lag der Anteil an Drittstaatsangehörigen bei 13% (versus 39% in der Referenzbevölkerung). Aber auch ausländische EU-Bürger:innen wurden

in allen drei Fallbeispielen weniger erreicht, als sie in der Referenzbevölkerung vertreten sind.

Vergleich demographischer Merkmale	Staatsangehörigkeit		
	Österreich	EU	Drittstaat
Fallbeispiele			
Lerchenfelderstraße	0,96 ↑* 0,70	0,04 ↓* 0,17	0,00 ↓* 0,13
Meidlinger Markt	0,84 ↑* 0,53	0,15 ↓* 0,20	0,01 ↓* 0,27
Quellenplatz	0,77 ↑* 0,40	0,10 ↓* 0,21	0,13 ↓* 0,39

Lesebeispiel:
Anteil der Personen mit Staatsangehörigkeit Österreich ist in Erhebungen im Fallbeispiel Lerchenfelderstraße mit 96% (0,96) höher (↑) als im Referenzgebiet mit 70% (0,70). Der Unterschied ist statistisch signifikant ($\alpha = 0,05$).

↑ Anteil höher als im Referenzgebiet ↓ Anteil niedriger als im Referenzgebiet * signifikanter Unterschied ($\alpha = 0,05$)

Grafik 3: Vergleich Forschungsfelder und Referenzgebiete mit Blick auf die Staatsangehörigkeit (eigene Darstellung).

Ebenfalls signifikante Unterschiede ($\alpha=0,05$) zwischen den erreichten Personen in allen Fallbeispielen und der jeweiligen Referenzbevölkerung zeigten sich hinsichtlich des Alters: Bei den 15- bis 24-Jährigen lag der Anteil der erreichten Personen bei der Lerchenfelderstraße bei 4% (gegenüber 14% in der Referenzbevölkerung) und beim Meidlinger Markt bei 6% (gegenüber 13%); lediglich am Quellenplatz lag der Anteil der Erreichten mit 13% etwas weniger deutlich unter den 16% der Referenzbevölkerung.

Vergleich demographischer Merkmale	Alter		
	15-24	25-64	ü65
Fallbeispiele			
Lerchenfelderstraße	0,04 ↓* 0,14	0,72 ↑* 0,69	0,24 ↑* 0,17
Meidlinger Markt	0,06 ↓* 0,13	0,83 ↑* 0,71	0,11 ↓* 0,16
Quellenplatz	0,13 ↓* 0,16	0,64 ↓* 0,70	0,23 ↑* 0,14

Lesebeispiel:
Anteil der Personen im Alter zwischen 15-24 Jahren ist in Erhebungen im Fallbeispiel Lerchenfelderstraße mit 4% (0,04) niedriger (↓) als im Referenzgebiet mit 14% (0,14). Der Unterschied ist statistisch signifikant ($\alpha = 0,05$).

↑ Anteil höher als im Referenzgebiet ↓ Anteil niedriger als im Referenzgebiet * signifikanter Unterschied ($\alpha = 0,05$)

Grafik 4: Vergleich Forschungsfelder und Referenzgebiete mit Blick auf die Altersgruppen (eigene Darstellung).

Jüngere Menschen wurden also weniger gut erreicht als andere Altersgruppen. Die schwächere Repräsentation der Interessen von Jugendlichen und Kindern in den Beteiligungsprozessen wurden auch in der qualitativen Auswertung sichtbar (vgl. L19e, L20e, M12e).

Statistisch signifikante ($\alpha=0,05$) Unterschiede bei der Geschlechterverteilung zeigten sich indes lediglich beim Fallbeispiel Quellenplatz, wo mit 58% erreichten weiblichen Personen

gegenüber 47% in der Referenzbevölkerung mehr Frauen erreicht werden konnten.

Vergleich demographischer Merkmale	Geschlecht		
	weiblich	männlich	
Fallbeispiele			Lesebeispiel: Anteil der Personen, die als Geschlecht weiblich angaben ist in Erhebungen im Fallbeispiel Lerchenfelderstraße mit 46% (0,46) niedriger (↓) als im Referenzgebiet mit 52% (0,52). Der Unterschied ist statistisch nicht signifikant ($\alpha = 0,05$).
Lerchenfelderstraße	0,46 ↓ 0,52	0,54 ↑ 0,48	
Meidlinger Markt	0,58 ↑ 0,50	0,42 ↓ 0,50	
Quellenplatz	0,58 ↑* 0,47	0,42 ↓* 0,53	

↑ Anteil höher als im Referenzgebiet ↓ Anteil niedriger als im Referenzgebiet * signifikanter Unterschied ($\alpha = 0,05$)

Grafik 5: Vergleich Forschungsfelder und Referenzgebiete mit Blick auf Geschlecht (eigene Darstellung).

Mittels der Auswertung des qualitativen Forschungsmaterials und der Triangulation mit den quantitativen Ergebnissen konnten verantwortliche Faktoren für die Inklusion bzw. Exklusion bestimmter Gruppen gefunden werden, die in Folge dargestellt werden.

5.2 Programmatik (Prozesssteuerung)

Die starke Fokussierung der Stadt Wien auf Klimaneutralität spiegelt sich in den Programmatiken der drei Beteiligungsprozesse wider, auch wenn diese insgesamt sehr unterschiedlich sind. Die Auswertung des Datenmaterials zeigte deutlich, dass bestimmte Themen, die mit Klimawandelanpassungsmaßnahmen verbunden waren, bereits bei der Konzeption der Beteiligungsprozesse vorgegeben wurden. Gleichzeitig wurden Inhalte, die im Widerspruch zur Programmatik stehen, weniger thematisiert. In allen drei Prozessen wurde der Schwerpunkt auf die Klimathematik durch das Förderprogramm „Lebenswerte Klimamusterstadt“ der Stadt Wien begründet (vgl. Q6f, M1e, M7e, M12e). Dadurch ergab sich eine Spannung zwischen der Offenheit der Prozesse sowie dem Ziel, möglichst viele Interessen einzubinden, und der Notwendigkeit von Klimawandelanpassungen.

Die vorgegebene Programmatik beeinflusste bei den Fallstudien Meidlinger Markt und Lerchenfelderstraße den Leitfaden der jeweils im Mai 2023 und September 2022 im Rahmen der Bürger:innen-Beteiligung durchgeführten Straßenbefragungen insofern, als die gestellten Fragen gezielt auf verschiedene Klimawandelanpassungsmaßnahmen eingingen (vgl. M5f, L8f). Im Gegensatz dazu agierten die Prozesstreibenden beim Quellenplatz ergebnisoffener und methodisch inkludierend, was mit dem unterschiedlichen Stellenwert der Beteiligung in dieser Fallstudie erklärt werden kann. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass die Prozesstreibenden im Verlauf des Prozesses bewusst entschieden haben, welche Interessen gestärkt und welche geschwächt werden.

Partizipationsprozesse wurden demnach genutzt, um bereits feststehende Projektziele zu erreichen und zu legitimieren. In anderen Worten: Die Prozessbetreiber:innen – sowohl Fachstellen als auch Bürger:inneninitiativen – instrumentalisieren die Anwohner:innen und Nutzer:innen öffentlicher Räume.

Die stark vorgegebene Programmatik der Prozesse führte in Folge nicht nur dazu, dass verschiedene Themen nicht aufgegriffen wurden, sondern auch dass bestimmte Personengruppen, deren Interessen nicht mit den vordefinierten Inhalten übereinstimmen oder die nicht über ein bestimmtes Vorwissen verfügen, ausgeschlossen wurden.

5.3 Partizipationsmethoden

Die angewendeten Partizipationsmethoden nehmen Einfluss auf die Inklusion in die bzw. Exklusion aus den Beteiligungsprozessen. Das Forschungsprojekt zeigt, dass die Gestaltung des öffentlichen Raums die Beteiligung und das Interesse der Bürger:innen erhöhen kann. Die Vielfalt der Methoden trug dazu bei, den öffentlichen Raum für verschiedene Bevölkerungsgruppen zugänglicher und erlebbarer zu machen. Beispielsweise wurde der öffentliche Raum in Meidling durch Veranstaltungen wie das Klima-Grätzl-Fest und Maßnahmen wie das Aufstellen von Topfpflanzen und das Auslegen grüner Gras-Teppiche erlebbar gemacht (vgl. M10e). Ähnliches wurde am Quellenplatz beobachtet: Aktionen wie die Freiluftwerkstatt zielten darauf ab, das Interesse an der Umgestaltung zu wecken und die Raumwahrnehmung zu schulen (vgl. Q1e, Q9).



Grafik 6: Freiluftwerkstatt am Quellenplatz.

In der Lerchenfelderstraße wurden die unterschiedlichen Wirkungen verschiedener Methoden besonders sichtbar. Die Straßenbefragung konnte sehr viele unterschiedliche Menschen erreichen, während die hochschwelligeren Dialogforen stärker exkludierend wirkten. Das zeigt sich auch in der quantitativen Auswertung. Hinsichtlich der Beschäftigungssituation zeigt der Vergleich zwischen 1.) der Straßenbefragung LeFe der Gebietsbetreuung (GB*) bei der Lerchenfelderstraße, den 2.) während des Forschungsprojekts Befragten und 3.) dem Referenzgebiet statistisch signifikante Unterschiede ($\alpha=0,05$): Die Straßenbefragung erreichte eher die Referenzbevölkerung als die im Forschungsprojekt untersuchten Dialogforen.

Beschäftigungssituation	Straßenbefragung LeFe (GB*) (n=612)	Befragungen Forschungsprojekt (n=49)	Referenzgebiet Lerchenfelderstraße (n=18.623)
Arbeitslos	1,0%	0,0%	5,4%
Erwerbstätig	57,0%	63,3%	58,4%
Pension	17,0%	28,6%	16,6%
Sonstige	25,0%	8,2%	19,6%

Tabelle 2: Vergleich der Befragung LeFe, Forschungsprojekt und Referenzgebiet hinsichtlich der Beschäftigung.

Die Straßenbefragung erreichte hinsichtlich der Beschäftigungsverteilung eher die Referenzbevölkerung als die im Forschungsprojekt untersuchten Beteiligungsangebote. Ein weiterer Aspekt war die zeitliche Gestaltung der Dialogforen, die ausschließlich abends stattfanden und somit Personen mit Betreuungspflichten tendenziell ausschlossen. Kinder und Jugendliche waren ebenfalls kaum vertreten. Diese zeitliche Barriere zeigt, dass die Berücksichtigung von Lebensumständen und Alltagsverpflichtungen der Bürger:innen entscheidend ist, um eine breite und inklusive Beteiligung zu gewährleisten (vgl. L19e).

Insgesamt zeigt sich, dass Partizipationsmethoden einen großen Einfluss auf die Inklusion in Beteiligungsprozessen haben. Eine vielfältige und erlebbare Gestaltung des öffentlichen Raums kann das Interesse und die Teilnahme von Anwohner:innen erhöhen, führt aber nicht zwangsläufig

zu einer längerfristigen aktiven Beteiligung im Umgestaltungsprozess. Niedrigschwellige Methoden sind entscheidend, um eine breite und nachhaltige Beteiligung zu gewährleisten.

5.4 Exklusion, Habitus und Symbolik

Bei der Analyse der Exklusionsmechanismen innerhalb der partizipativen Prozesse spielten die Dimensionen Symbolik, Raum und Habitus eine wichtige Rolle. Niederschwellige Beteiligungsmethoden zeichnen sich dadurch aus, dass sie in lebensweltlich vertrauten Räumen stattfinden und somit eine größere Nähe zu den Bürger:innen aufweisen. Diese Methoden finden häufig im öffentlichen Raum statt und sind in der Regel informell, wodurch sie niedrigere Zugangshürden haben. Die Bürger:innen können in ihrer gewohnten Umgebung angesprochen werden, was die Bereitschaft zur Teilnahme erhöht und wodurch eine breitere Bevölkerungsschicht erreicht werden kann.

Im Gegensatz dazu stehen hochschwellige Beteiligungsmethoden wie Dialogforen, die oft im formellen Rahmen eines Bezirksamts stattfinden und wo die Architektur und Einrichtung Autorität ausstrahlen. Die Sitzreihen, die frontal zu einem Pult für die Redner:innen angeordnet sind, schaffen eine klare Trennung zwischen den Prozesstreibenden und den Teilnehmer:innen. Dieses Setting kann eine distanzierte Atmosphäre erzeugen und das Gefühl der Nähe und Partizipation mindern. Die Symbolik dieser Räume trägt ebenfalls zur Exklusion bei. Die formelle Kleidung der Prozesstreibenden und Verwaltungsmitarbeiter:innen unterstreicht die hierarchische Struktur. Diese äußeren Merkmale können auf bestimmte Gruppen potenziell abschreckend wirken.



Abb. 7: Dialogforum im Bezirksamt, Fallbeispiel Lerchenfelderstraße.

Es zeigt sich, dass hochschwellige Beteiligungsformate bestimmte Bevölkerungsgruppen tendenziell ausschließen, während niederschwellige Ansätze eine breitere und inklusivere Partizipation fördern können. Um partizipative Prozesse inklusiver zu gestalten, ist es daher essenziell, die symbolischen und räumlichen Rahmenbedingungen bewusst zu gestalten und an die Lebenswelten der Bürger:innen anzupassen.

5.5 Zeit als Ausschlussfaktor in Partizipationsprozessen

Die Forschung zeigt, dass die Exklusion von Bürger:innen und Nutzer:innen sowie von bestimmten Interessen im Laufe der Zeit zunimmt. Während am Beginn noch relativ viele unterschiedliche Menschen erreicht werden konnten, nahm die Diversität und die Quantität der Beteiligten im Laufe der Zeit ab. Ausschlusseffekte zeigten sich besonders dann, wenn die Prozesse komplexer wurden, beispielsweise in Bezug auf die Aushandlung unterschiedlicher Interessen bzw. auf das Treffen notwendiger Entscheidungen. Das zeigt beispielsweise der Vergleich zwischen der Straßenbefragung in der Lerchenfelderstraße und dem Dialogforum: Während an der initialen Straßenbefragung etwa 600 Personen teilnahmen, waren bei den späteren Dialogforen insgesamt etwa 40 Personen anwesend (vgl. L26f). Ähnliches zeigte sich in Meidling: Im Laufe der Zeit wurden

die Bürger:innen-Versammlungen immer schwächer besucht (vgl. M2e, M12e, M13e). Während sich die erste Veranstaltung breiter mit klimafitten Maßnahmen beschäftigte, ging es bei den späteren um die konkrete Umgestaltung einer Gasse. Die Beteiligungsqualität war dabei sehr hoch; die anwesenden Bürger:innen nahmen Einfluss auf die Entscheidungen der Planer:innen. Allerdings waren am Ende der letzten Veranstaltung nur noch 4-5 Personen anwesend (vgl. M13e).

5.6 Ausschluss durch politische Prozesse und Verwaltungsstrukturen

Wesentliche Faktoren, die sich auf den Ausschluss von Bürger:innen auswirken, sind die politischen Prozesse und die Verwaltungsstrukturen. Zwei Aspekte werden in unserer Forschung besonders sichtbar. Erstens ist die Komplexität der Umgestaltungen aufgrund der Involvierung zahlreicher Verwaltungsabteilungen und Expert:innen für Bürger:innen nur begrenzt erfassbar und verständlich – selbst innerhalb der Verwaltung ist es fordernd, die unterschiedlichen rechtlichen, politischen und inhaltlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Sichtbar wurde das in den Fallstudien beispielsweise in den Dialogforen bei der Lerchenfelderstraße, wo die unterschiedlichen Akteur:innen der Verwaltung (von Magistratsabteilungen bis zu den Wiener Linien) sehr präsent waren. Deutlich wird dadurch, dass die Verwaltung wesentlich mehr Zeit aufwendet als die Bürger:innen, um der Komplexität der Umgestaltungen gerecht werden zu können. Die Koordination der Verwaltung erfolgt denn auch in Sitzungen ohne Bürger:innen-Beteiligung – vor, während und nach den jeweiligen Beteiligungsprozessen. Ähnliches trifft auf die politischen Prozesse zu. Nicht nur die Bezirksvorstehung bzw. die Bezirksvertretung mit den unterschiedlichen Fraktionen, sondern auch die Eingebundenheit unterschiedlicher politischer Ebenen (Bezirk – Stadt) erhöhen die Komplexität der Prozesse.

Das verweist auf den zweiten Aspekt: Sowohl durch die Ressourcen, aber auch aufgrund ihrer Legitimation verfügen Verwaltung und Politik im Vergleich zu Bürger:innen über mehr Macht. Auf Verwaltungsebene werden die notwendigen Entscheidungen zumindest vorbereitet, auf politischer Ebene wird letztlich entschieden (vgl. Q21e, L23e). Bürger:innen-Beteiligung kann hier als „Störfaktor“ für die komplexen Prozesse in Politik und Verwaltung gesehen werden. Sie scheint nur eingeschränkt in die Prozesse integriert zu sein. Die Forschungsergebnisse zeigen deutlich, dass diese Prozesse zu Ausschlüssen von Bürger:innen und ihren Interessen führen.

6 Empfehlungen

Bürger:innen-Beteiligung strukturell besser verankern

Beteiligungsverfahren sollten in den Verwaltungsstrukturen stärker verankert werden. Eine stärkere Verankerung würde die Machtungleichheit zwischen Verwaltung und Bürger:innen zwar nicht

auflösen, könnte aber dazu führen, dass Beteiligungsverfahren als „konstruktive Störung“ in die Verwaltung eingebunden und erlebt werden.

Transparenz über Partizipationsspielräume

Die Forschung zeigt, dass Bürger:innen insbesondere bei den konkreten Entscheidungen nur eingeschränkt eingebunden werden. Deutlich wird auch, dass politische Grundsatzentscheidungen schon vor dem Beginn von Beteiligungsverfahren erfolgen – u.a. zu Klimamaßnahmen. Aus der Perspektive des Forschungsprojektes ist es zu begrüßen, wenn grundlegende politische Entscheidungen vorab getroffen werden. Dies ermöglicht, dass die Interessen der Menschen, die besonders auf öffentliche Räume angewiesen sind, a priori in die Umgestaltungen inkludiert werden. Programmatiken für eine klimafitte Stadt sorgen darüber hinaus dafür, Städte so zukunftsfähig zu gestalten, dass sie auch für nachfolgende Generationen noch als lebenswerte Orte erhalten bleiben. Gleichzeitig macht die Forschung deutlich, dass bereits getroffene Entscheidungen noch transparenter kommuniziert werden müssen. Alle Beteiligten müssen darüber informiert werden, worüber im Verfahren verhandelt werden kann und was außer Streit steht. Lediglich ein Programmname reicht nicht, um diese Partizipationsspielräume klarzumachen. Diese Transparenz kann Exklusionsprozesse zwar nicht endgültig beseitigen. Sie macht diese aber nachvollziehbarer.

Relativierung überhöhter Ansprüche

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass Beteiligungsverfahren im Rahmen der Umgestaltung öffentlicher Räume nur sehr eingeschränkt emanzipatorische Prozesse ermöglichen. Wenn überhaupt können nur wenige inkludierte Bürger:innen Empowerment-Erfahrung machen. Ansprüche an Partizipationsprozesse, die Emanzipation von Bürger:innen zu befördern oder deren Vertrauen in Verwaltung und Politik zu erhöhen, scheinen zu hoch zu greifen. Insbesondere Begleitungs-Expert:innen ist zu empfehlen, eigene Erwartungen an die Prozesse zu überprüfen, um diese nicht zu überladen und Frustration bei sich selbst und beteiligten Akteur:innen auszulösen.

Überprüfung der Reichweite des jeweiligen Beteiligungsverfahrens

Um Exklusionsprozessen entgegenwirken zu können, ist es empfehlenswert, laufend zu überprüfen, welche Gruppen inkludiert und welche Gruppen im Verfahren ausgeschlossen werden. Dazu könnten Bevölkerungsdaten herangezogen werden, um zumindest grob zu überprüfen, wer vom Verfahren nicht erreicht wurde.

Anwendung lebensweltnaher, raumbezogener Partizipationsmethoden

Empfohlen werden Partizipationsmethoden, die sich nah am Alltag der Bürger:innen befinden und den umzugestaltenden Raum erlebbar machen. Befragungen sowie Aktionen im öffentlichen Raum und lebensweltnahe Methoden (wie Feste oder „planning for real“) eignen sich gut dazu, viele unterschiedliche Menschen anzusprechen – sie wirken inklusiv. Empfehlenswert ist zudem, einfache Sprache(n) zu verwenden und eine alltagsnahe Symbolik zu berücksichtigen. Je öfter inkludierende Methoden angewendet werden, umso breiter und diverser kann die Beteiligung werden. Die Forschung zeigt auch, dass die Anwendung unterschiedlicher Methoden die Inklusion unterschiedlichster Menschen befördert. Empfehlenswert ist es außerdem, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die spezifische Interessen aktiv einbringen können, beispielsweise solche aus den Bereichen Jugendarbeit oder aufsuchende Soziale Arbeit.

Ausübung unterschiedlicher Funktionen durch Beteiligungsexpert:innen

Beteiligungsexpert:innen kommen unterschiedliche Funktionen in den Verfahren zu. Einerseits sollen sie zwischen unterschiedlichen Interessen vermitteln, andererseits müssen sie darauf achten, dass weniger mächtige Interessen nicht ausgeschlossen werden. Um diese widersprüchlichen Rollen wahrnehmen zu können, empfiehlt sich eine personelle Trennung dieser Funktionen durch die Beteiligungsexpert:innen.

7 Zusammenfassung

Das vorliegende Forschungsprojekt zeigt, dass Bürger:innen nur begrenzt in Umgestaltungsprozesse in öffentlichen Räumen inkludiert werden. Die Beteiligungsprozesse scheinen eher der Legitimation zu dienen. Die Forschung verdeutlicht, dass Beteiligungsprozesse stark von Akteur:innen genutzt werden, um eigene Interessen durchzusetzen. Das bevorzugt Akteur:innen aus Politik und Verwaltung sowie stark organisierte Bürger:innengruppen. Deutlich wird außerdem, dass Gruppen, die tendenziell gesellschaftlich ausgeschlossen sind, auch in Beteiligungsverfahren kaum erreicht werden können. Bemerkenswert ist dabei, dass sich dies auch bei fachlich und methodisch gut gestalteten Verfahren zeigt. Obwohl niederschwellige und lebensweltnahe Methoden zur Anwendung kamen, konnte der Exklusion von benachteiligten Gruppen kaum entgegengewirkt werden. Das zeigte sich insbesondere im zeitlichen Verlauf der Projekte.

Die Forschung zeigt aber auch, dass alltagsweltliche und raumbezogene Methoden zumindest punktuell inklusiv wirken. Das legt nahe, dass Beteiligungsmethoden zwar Einfluss auf die Inklusion benachteiligter Gruppen und Interessen nehmen können, dass andere Faktoren allerdings umso stärker auf die Exklusion wirken. Insbesondere die Komplexität der Prozesse in Politik und

Verwaltung wirkt sich negativ auf die Inklusion von Bürger:innen aus – sowohl was die Quantität als auch was die Diversität der Beteiligung betrifft. Die Programmatik von Beteiligungsformaten und der Druck, klimafitte Umgestaltungen durchzuführen, stehen dabei quer zur Offenheit von Partizipationsprozessen. Interessen, die im Widerspruch zu einer festgelegten Programmatik stehen, werden tendenziell ausgeschlossen – auch mit der Begründung, dass Klimamaßnahmen in öffentlichen Räumen allen zugutekommen, insbesondere Menschen, die auf öffentliche Räume mehr angewiesen sind.

Zu empfehlen ist daher nicht nur eine größtmögliche Transparenz hinsichtlich der Entscheidungsspielräume, die Anwendung vielfältiger lebensweltlicher Partizipationsmethoden, die gezielte Einbeziehung von Organisationen marginalisierter Bevölkerungsgruppen, sondern v.a. auch die stärkere strukturelle Verankerung von Beteiligungsprozessen.

Verweise

ⁱ Der Begriff „Bürger:innen“ bezieht sich in diesem Artikel auf Menschen, die in einem Gebiet (z.B. einer Stadt) einen wichtigen Teil ihres Lebens verbringen, im Sinne einer „Stadtbürger:innenschaft, unabhängig von zugestandenem oder verweigerten politischen Bürger:innen-Rechten (vgl. MA 21 2017: 52).

Literaturverzeichnis

Appel, Margit/Brenner-Skazedonig, Alexander/Fabris, Verena/Graf, Gunter/Knecht, Alban/Matzinger, Sandra/Rybaczek-Schwarz, Robert/Schenk, Martin (Hg.) (2023): Die Armutskonferenz. Es brennt. Armut bekämpfen. Klima retten. Norderstedt: BoD.

Arbter, Kerstin (2014): Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln. Werkstattbericht 127. Wien: Magistrat der Stadt Wien.

Arbter, Kerstin/Handler, Martina/Purker, Elisabeth/Tappeiner, Georg/Trattnigg, Rita (2005): Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Zukunft gemeinsam gestalten. Wien: ÖGUT.

Becker, Martin (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Unter Mitarbeit von Martin Becker, Jürgen E. Schwab und Cornelia Kricheldorf. Stuttgart: Kohlhammer.

Behr Friederike/Ahaus Björn (2016): „Lebensweltbezug“ im kommunalen Klimaschutz: ein Plädoyer für gemeinsame Maßnahmenentwicklung in den Stadtteilen. In: Ergebnisse aus dem Projekt Klima-Initiative Essen für Wissenschaft und Praxis, 9. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:464-20161207-154213-2>

Bukow, Wolf-D./Berding, Nina/Cudak, Karin (2018): Die kompakte Stadt der Zukunft. Das Quartier als Referenzrahmen für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Stadtgesellschaft. In: Dies. (Hg.): Die kompakte Stadt der Zukunft. Auf dem Weg zu einer inklusiven und nachhaltigen Stadtgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–28.

Dannecker, Petra/Vossemer, Christiane (2014): Qualitative Interviews in der Entwicklungsforschung. Typen und Herausforderungen. In: Dannecker, Petra/Englert, Birgit (Hg.): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum, S. 153–175.

Deutschmann, Anna (2014): Inhaltsanalysen. Qualitative Verfahren der Textanalyse und Textinterpretation. In: Dannecker, Petra/Englert, Birgit (Hg.): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum, S. 94–110.

Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (Hg.) (2016): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
ECOTEN (2019): Urban Heat Vulnerability Map 2019, Urban Comfort – City of Vienna. <https://urban-comfort.eu/portfolio/city-of-vienna/> (27.11.2024).

Haunold, Michaela (2023): Den Öffentlichen Raum klimafit für alle gestalten. Eine Ideensammlung. In: Appel, Margit/Brenner-Skazedonig, Alexander/Fabris, Verena/Graf, Gunter/Knecht, Alban/Matzinger, Sandra/Rybaczek-Schwarz, Robert/Schenk, Martin (Hg.): Die Armutskonferenz. Es Brennt. Armut bekämpfen. Klima retten. BoD, S. 179–182.

Kirsch-Soriano da Silva, Katharina/Stoik, Christoph (2023): Die Rolle von Sozialer Arbeit beim Gestalten von Räumen für marginalisierte Gruppen in der Stadt anhand von zwei Wiener Fallbeispielen. In: Janett, Sandra/Oehler, Patrick (Hg.): Soziale Arbeit, Marginalisierung und Stadt. Wiesbaden: Springer VS, S. 111–126.

Kronauer Martin/Häußermann, Hartmut (2019): Inklusion – Exklusion als strukturierendes Element des Sozialraums. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (Hg.): Handbuch Sozialraum: Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187–202.

Liedholz, Yannick (2023): Klimagerechte Soziale Arbeit. Drei Schritte auf dem Weg dorthin. In: Appel, Margit/Brenner-Skazedonig, Alexander/Fabris, Verena/Graf, Gunter/Knecht, Alban/Matzinger, Sandra/Rybaczek-Schwarz, Robert/Schenk, Martin (Hg.): Die Armutskonferenz. Es Brennt. Armut bekämpfen. Klima retten. BoD, S. 189–196.

MA 21 – Magistratsabteilung der Stadt Wien für Stadtteilplanung und Flächenwidmung (2017): Masterplan partizipative Stadtentwicklung. Frühzeitiges Beteiligen der Bevölkerung an städtebaulichen Planungs- und Widmungsprozessen. Werkstattbericht 11/2. Magistrat der Stadt Wien.

Slezak, Gabriele (2014): Von Wahrnehmung und Erfahrung. Überlegungen zu explorativen Beobachtungsverfahren. In: Dannecker, Petra/Englert, Birgit (Hg.): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum, S. 176–196.

Staller, Susanne/Studer, Heide/Szeiler, Michael/Terzic, Laurentius (2022): Klimagerechtigkeit im öffentlichen Raum. Vision Wiener Klimastraßen. In: Stadtpunkte, 39, S. 7–99.

Stoik, Christoph (2021): Sozialräumliche Soziale Arbeit als emanzipatorische Praxis. In: Kogler, Raphaela/Hamedinger, Alexander (Hg.): Interdisziplinäre Stadtforschung. Bielefeld: transcript, S. 99–116.

Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph /Troxler, Ueli (Hg.) (2013): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Zmerli, Sonja (2011): Soziales Kapital und politische Partizipation. In: Widmaier, Benedikt/Nonnenmacher, Frank (Hg.): Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 31–44.

Über die Autor:innen

Sophie Gaidoschik

sophie.gaidoschik@gmx.at

Ist als Sozialpädagogin tätig und arbeitet nebenbei an unterschiedlichen Forschungsprojekten des Forschungszentrums für Soziale Arbeit an der FH Campus Wien mit.

Johannes Gorbach

johannes.gorbach@hotmail.com

Ist Absolvent der Sozialwissenschaften und des Masterstudiums Sozialraumorientierte Soziale Arbeit und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FH Campus Wien, als Scientific Advisor bei der „Social Innovation Research Unit“, als Beiratsmitglied bei der *Plattform gegen Einsamkeit in Österreich* und als Prozessverantwortlicher für Wirkungsevaluierung beim *Wiener Hilfswerk* tätig.

Elena Mitrenova

elena.mitrenova@fh-campuswien.ac.at

Forscht und lehrt im Bereich der nachhaltigen Architektur und Stadtentwicklung als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Department Bauen und Gestalten der FH Campus Wien.

Christoph Stoik

christoph.stoik@fh-campuswien.ac.at

Forscht und lehrt am Department Soziales an der FH Campus Wien zu Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum, im sozialen Wohnbau und in der Stadtentwicklung.

Elisabeth Winkler

el.winkler87@gmail.com

Ist Absolventin des Masterstudiengangs Sozialraumorientierte und Klinische Soziale Arbeit der FH Campus Wien.
